

GE vpod basel lehrberufe

Checks – schädlich und teuer!



Seit dem Schuljahr 2013/2014 wurden in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz (BS, BL, SO, AG) an der Volksschule schrittweise standardisierte Leistungstests, sogenannte «Checks», eingeführt. Von Beginn an wandte sich die GE im vpod gegen diese und tut dies weiter. Dafür gibt es viele Gründe.

Aus Sicht der Schülerinnen und Schüler (SuS) sind die Checks vor allem weitere Prüfungen, welche sie bestehen müssen. Egal wie sie dabei abschneiden, neue qualitative Erkenntnisse bieten ihnen die Checks nicht. Allerdings werden sie bei diesen nicht mehr nur benotet, sondern erhalten bei der Auswertung Punkte, mit denen sie auf einer Skala eingereiht werden. Damit einher wird ein Vergleich mit anderen SuS zumindest nahegelegt, dies ist gerade für nicht so leistungsstarke Schülerinnen und Schüler nicht motivierend.

Für die Eltern stellen die Checks ebenfalls eine zusätzliche Belastung dar. Einmal mehr stellt sich für sie die Frage, wie sie ihr Kind optimal unterstützen und fördern, damit es gut abschneidet. Nicht wenige Eltern sitzen sogleich zuhause mit den Kindern an den Übungsaufgaben. Für beide heisst dies zusätzliche Arbeit und Lernen auf Kosten von Freizeit und Ausgleich.

Und für die Lehrpersonen? Auch für diese bringen die Ergebnisse gegenüber den sonstigen Prüfungen keine neuen Erkenntnisse. Für Lehrpersonen stellen die Checks in erster Linie Ressourcenfresser dar: Die Leistungstests bleiben folgenlos, da keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, um auf die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler mit Modifizierung und Differenzierung des Unterrichts zu reagieren.

Unverhältnismässige Kostenbelastung

In Basel-Stadt geht man davon aus, dass im Durchschnitt 1444 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang an den Checks teilnehmen. Die Checks kosten pro Schülerin und Schüler zwischen 20 (Primarschule) und 50 Franken (Sekundarstufe). Dazu kommen die Kosten für die jährlichen Entwicklungs- und Betriebskosten der Checks und der Aufgabensammlungen. Von diesen zahlt Basel-Stadt als einer der vier beteiligten Kantone 14 Prozent, das entspricht 214'593 Franken.

Hinzu kommen noch die zusätzlichen Kosten für Lehrpersonen, die ganze Infrastruktur wie die Computer für jeden Schüler und die ganzen Onlineanschlüsse etc. Selbst ohne Computer, die es ja ohnehin auch für andern Unterrichtsstoff braucht, kosten Basel-Stadt die Checks immer noch rund 500'000 Franken pro Jahr. Das ist viel Geld für einen nicht ersichtlichen Mehrwert. Bleibt nur noch die Möglichkeit zu kantonalen Vergleichen. Auch diese dürften wenig Erkenntnisse bringen. Basel-Stadt schneidet als Stadtkanton bei den Leistungstest im Vergleich meist schlecht ab. Dafür gibt es sozial-strukturelle Gründe. An die Stelle einer differenzierten Reflexion des Resultats tritt jedoch in der Regel eine Fokussierung auf die Rangliste, die die Basler Lehrpersonen und das Bildungswesen in die Kritik geraten lässt.

Aussitzen des Regierungsrats

Die GE im vpod hatte die Resolution zur Abschaffung der Checks an der Synodalkonferenz vom März 2017 tatkräftig unterstützt. Wenig überraschend wurde die Resolution an der Konferenz von einer grossen Mehrheit der Lehrpersonen verabschiedet. Die Beantwortung der Resolution von Herrn Regierungsrat Conradin Cramer fällt jedoch alles andere als befriedigend aus. Einmal mehr versteckt sich der Regierungsrat hinter dem Bildungsraum Nordwestschweiz. So möchte er noch mehr Erfahrungen sammeln, vor allem bei den Checks auf der Sekundarstufe. Es ist wohl zu erwarten, dass dessen Erfahrungssammlung so lange andauert, bis die Checks nicht mehr aus den Schulen wegzudenken sind. Unser Fazit bleibt: Die Checks bringen keinen Gewinn und keine neuen Erkenntnisse und stellen einen enormen zeitlichen Aufwand dar. Sie erhöhen den Leistungsdruck gegenüber allen Beteiligten und stehen im Widerspruch zur integrativen Schule.

Wie weiter?

Zurzeit läuft eine Umfrage der Kantonalen Schulsynode zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Checks. Die GE im vpod hofft, dass das Umfrageergebnis dazu führt, dass die Diskussionen über die Checks weitergeführt werden, bis der Druck auf die EntscheidungsträgerInnen so stark wird, dass die unnötigen, schädlichen und teuren Checks wieder abgeschafft werden. ■

Kerstin Wenk ist als VPOD-Regionalsekretärin in Basel für den Bildungsbereich zuständig.

Eine schmerzhaft Lücke

In Basel fordert ein politischer Vorstoss im Grossen Rat die Wiedereinführung der Einführungsklassen.

Von Kerstin Wenk

Einführungsklassen (EK) hatten im Kanton Basel-Stadt ursprünglich die Funktion, Kindern mit Entwicklungsrückständen einen verlangsamten Schulstart zu ermöglichen, indem die Lerninhalte der ersten Primarklasse auf zwei Jahre verteilt wurden. Die Einführungsklassen entwickelten sich jedoch zunehmend hin zu einem Aufgabebereich für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten. Der ursprünglichen Zielgruppe konnten die EK in den letzten Jahren so immer weniger gerecht werden. Gemäss Ausführungen des Erziehungsdepartements wurden Knaben sehr viel häufiger Einführungsklassen zugewiesen als Mädchen. Stossend war zudem der hohe Anteil fremdsprachiger Kinder. Dieser betrug 87,1 Prozent! «Bildungsnah», deutschsprachige Eltern von Kindern mit einem Entwicklungsrückstand bevorzugten offensichtlich eine Einschulung in die Regelklasse, während «bildungsferne» und fremdsprachige Eltern der Empfehlung für die EK folgten. Offenbar wurden also mit den EK die ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Der Regierungsrat beschloss daher die Einführungsklassen per Ende Schuljahr 2014/15 aufzulösen.

Für und wider

Sicher sind die Einführungsklassen sehr ressourcenintensiv und mit den heutigen Förderangeboten kann flexibler

auf den Förderbedarf an den einzelnen Standorten reagiert werden. Die Mittel können so sinnvoller eingesetzt werden und gegebenenfalls einer grösseren Anzahl Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Erfahrungen an verschiedenen Standorten zeigen auf, dass ohne EK die Integration zwar anspruchsvoll, aber möglich ist.

Weiter wurden in den letzten Jahren die Kleinklassen aufgehoben und durch sogenannte Spezialangebote abgelöst. Die Spezialangebote richten sich an Kinder, die im Rahmen der Fördermassnahmen nicht ausreichend unterstützt werden können oder an solche, die zum Beispiel aufgrund von starken Verhaltensauffälligkeiten nicht mehr in eine Regelklasse integriert werden können.

Zudem nehmen im Rahmen der Regelschule seit fünfzehn Jahren sogenannte Integrationsklassen einzelne Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung auf. Die Lehrplanziele müssen von diesen Kindern nicht erreicht werden, für sie gelten individuelle Lernziele. Die Verantwortlichen des Erziehungsdepartements sind der Meinung, dass es sich kaum begründen lässt, Kinder im Rahmen von Einführungsklassen zu separieren, während sogar Kinder mit einer Behinderung eine Regelklasse besuchen.

Eine solche Argumentation tönt zwar einleuchtend, doch die Schwierigkeiten für viele Kinder im ersten Primarschuljahr bleiben. Die Schulklassen sind extrem heterogen: Manche Kinder beginnen ihre Schullaufbahn bis zu 12 Monate früher als andere, die Entwicklung verläuft bei jedem Kinder sehr unterschiedlich und auch der Rucksack, den sie von zu Hause mitbringen, ist unterschiedlich gross.

Kommt das Bedürfnis der Lehrpersonen nach Einführungsklassen vielleicht daher, dass sie zu viele und zu unterschiedliche Kinder betreuen bzw. zu bilden haben? Oft sind Lehrpersonen zudem alleine im Klassenzimmer, eventuell haben sie für ein paar Stunden eine heilpädagogische Unterstützung oder auch nicht. Jedenfalls merken sie, dass sie den Kindern und dem Lernstoff so nicht gerecht werden können. Dies ist eine fatale Situation, die geändert werden muss.

Ideen und Vorschläge gefragt

Eine möglicher Lösungsansatz wäre die generelle Verkleinerung der Klassen. Oder die generelle Einführung von Teamteaching, anstelle von ein paar Stunden heilpädagogischer Unterstützung pro Woche im Schulzimmer. Ein solches Teamteaching wäre in vielerlei Hinsicht ausbaubar. Es könnte zum Beispiel immer eine erfahrene Lehrperson mit einer jungen, zweiten Lehrperson unterrichten. Die jüngere könnte so von der erfahrenen Lehrperson profitieren. Damit könnte gleichzeitig der Mangel an Praxiserfahrung, den Lehrpersonen nach der Ausbildung an der PH FHNW aufweisen, kompensiert werden. Zusätzlich müsste dazu auch die Schullaufbahnverordnung angepasst werden. Und nicht zuletzt braucht es auch die jährlichen Lehrberichte braucht nicht; diese entsprechen zudem nicht einmal dem LP21. Diese Lehrberichte setzen alle Beteiligten enorm unter Druck und absorbieren zu viel Zeit für die Administration.

In Basel-Stadt ist man auf die Vorschläge des Erziehungsdepartements betreffend dem politischen Vorstoss zur Wiedereinführung der Einführungsklassen gespannt. Im November 2018 sollte diese Antwort vorliegen. ■

GE vpod basel lehrberufe

Abonniert
die Zeitschrift
«vpod bildungspolitik»
mit regionalem
Basler Teil!

Auch inhaltliche Beiträge sind
jederzeit willkommen!

Die Zeitschrift Bildungspolitik erscheint fünf Mal pro Jahr. Wenn du als VPOD-Mitglied in Basel (Lehrberufe) bis jetzt noch nicht AbonnentIn bist, bekommst du die Zeitschrift dieses Mal gratis zugestellt. Ein Jahresabonnement für 2018 kostet Fr. 40.-
Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch sowie über unsere Homepage

vpod-bildungspolitik.ch



Schule in der Cloud

Im Café Graziella, eine Institution im Kleinbasel als urbaner Treffpunkt mit den besten Configipfeli der Stadt, treffe ich den Kollegen Andreas Vincenzi.

Ein Interview mit Andreas Vincenzi über Erfahrungen aus 32 Jahren Unterricht. Von Johannes Gruber

Andreas Vincenzi ist bereits seit 1985 Gewerkschaftsmitglied. Damals trat er mit 20 seine erste Stelle als Lehrer in Basel an. Andreas hatte zuvor in Graubünden das Lehrerseminar absolviert und das Patent für die Primarschule erworben. Im Rückblick bezeichnet er dies als eine gute «Handwerksausbildung» für Praktiker, die sich von dem heutigen Studium an der PH stark unterscheidet. Nach seinem Abschluss wollte er wieder zurück in die Stadt, in der er aufgewachsen war. Doch zu der Zeit war es schwierig eine Stelle als Lehrer zu finden, gerade auf Primarstufe. So kam es, dass Andreas 10 Jahre lang an verschiedenen Sekundarschulen mit Jahresverträgen unterrichtete: am Isaac-Iselin- und am Pestalozzi-Schulhaus sowie an den Schulhäusern Wasgenring und Neubad. Für Andreas war diese Zeit sehr lehrreich, sie ermöglichte es ihm langsam in die Klassenlehrerfunktion hineinzuwachsen. Mitte der 1990er Jahre wurde im Zuge einer Schulreform in Basel die Orientierungsschule (OS), eine Gesamtschule auf Sekundarstufe I, eingeführt. Zur gleichen Zeit wechselte Andreas ans Dreirosenschulhaus. Von Anfang schätzte er dort besonders die heterogenen Klassen, SchülerInnen mit verschiedenen Muttersprachen und aus unterschiedlichen Herkunftskulturen und sozialen Milieus. Auch die Arbeit mit den Eltern verläuft dort anders als an Schulhäusern, an denen die Deutschschweizer Mittelschicht dominiert.

Integration, Druck und Leistung

Andreas schätzt an seinem Beruf insbesondere das Unterrichten. Am liebsten ist er zu zweit im Klassenzimmer. Dadurch, dass er in einer Klasse mit Einzelintegration unterrichtet, stehen zusätzliche Ressourcen für das Teamteaching zur Verfügung. Insbesondere gibt es aufgrund des einen lernbehinderten Schülers zusätzliche Betreuung der Klasse durch eine Heilpädagogin. Dies sei auch für andere SchülerInnen mit Defiziten hilfreich, die zur Verfügung stehende Heilpädagogik reiche jedoch nicht aus. Der lernbehinderte Junge hat einen besonders intensiven Betreuungsbedarf. Es gebe alle drei Minuten eine Störung im Unterricht, mit «umherlaufen, piesacken von KlassenkameradInnen, Heizung an- und aufdrehen, aufs WC gehen, irgendetwas ins Zimmer hineinbrüllen etc.» Wahrscheinlich erhält die Klasse deswegen jetzt noch Unterstützung durch einen Zivildienstleistenden oder eine Praktikantin. Auch wenn Andreas eher eine separate Beschulung des Jungen bevorzugen würde, stellt er fest, dass dieser viel von der Integration profitiert habe. Mit dem Regelunterricht könne er zwar nicht mithalten, aber die Heilpädagogin betreue ihn

nach Möglichkeit. Lesen und schreiben lerne er jetzt so langsam. Wie es weitergeht, sei aber offen. Mit fortschreitender Schulzeit werde der Lernfortschritt schneller, das Tempo höher. Früher oder später könnten die Spezialangebote für den Jungen geeigneter als die Regelklasse sein.

Was die Entwicklung der Basler Schulen betrifft, stört Andreas vor allem die zunehmende Bedeutung von Leistungstests (zu den «checks» vgl. S. 37). Anstatt die Kinder dauernd zu testen, sollten diese seiner Ansicht nach vor allem mehr gefördert werden mit kleineren Klassen und Abteilungsunterricht.

Im Laufe seines Berufslebens, so Andreas, habe ein schleichender Wandel bei Beurteilung und Notengebung stattgefunden. Zu Beginn der Orientierungsschule gab es keine Noten, sondern Beurteilungsbögen. Bei der Selektion, die damals nach der 7. Klasse stattfand, hatten schlussendlich die Eltern das letzte Wort. Die Lehrpersonen haben lediglich eine Empfehlung abgegeben. Das habe bei ihnen im Schulhaus eigentlich sehr gut funktioniert. Dadurch, dass es weniger Tests und weniger Druck auf die SchülerInnen gab, sei die Lernatmosphäre an der Schule besser gewesen. Die Lehrpersonen konnten sich mehr aufs Unterrichten konzentrieren und die SchülerInnen mehr aufs Lernen. Langsam, sukzessive habe sich das verändert. Die Selektion habe angezogen, sodass es jetzt sogar wieder Noten in der 5. Klasse gibt. Die SchülerInnen können sich nun ausrechnen, welche Noten, wie viele Punkte sie für den P-Zug, den E- und den A-Zug benötigen: «Das hat zur Folge, dass die Kinder nurmehr auf Noten lernen. Wenn es keine Noten gibt, dann machen die nichts.»

Hierarchie und Überwachung statt Unterrichten?

Andreas war schon immer gerne Lehrer. Vor zwanzig, dreissig Jahren war ihm allerdings wohler an der Schule als heute. Dies hat mit dem Wandel der Lernkultur zu tun, aber auch mit der Schulhauskultur. Damals war die Hierarchie sehr flach. Das LehrerInnenkollegium wählte die Schulhausleitungen selbst, man konnte sie auch jederzeit abwählen. Die Lehrpersonen konnten damals also wirklich mitbestimmen. Jetzt, so Andreas, sehe das so aus, dass die Schulleitung bestimme und die Lehrpersonen partizipieren. Interessanterweise werde aber nach wie vor im Unterricht sehr wenig dreingeredet. Es ist mehr der administrative Aufwand, der vieles erschwere. Besonders irritiert Andreas das Datensammeln. Die Lehrpersonen leben mit ihren SchülerInnen mittlerweile in einer Cloud, wo jedes Kind eine Fiché hat, in die die Lehrpersonen Eintragungen machen. Ihn interessiert an dem Beruf dagegen viel mehr die Interaktion mit den Kindern als das Notieren von irgendwelchen Beobachtungen. Letzteres sei auch wichtig, aber die Gefahr bei umfangreichen Dokumentationen sei, dass dann zu wenig Zeit für die Unterrichtsgestaltung und -entwicklung bleibe. Und die kontinuierlichen Eintragungen führten dazu, dass die Fichés seiner SchülerInnen alle relativ lang sind, gefüllt mit den Ergebnissen von Eltern- und Beurteilungsgesprächen, Beobachtungen was alles vorgefallen ist, Abklärungen des schulpsychologischen Dienstes usw.

Eine zentrale gewerkschaftliche Forderung, so Andreas, müsse es jedenfalls sein, die Bürokratie zu reduzieren. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zu besseren Arbeitsbedingungen. Im Moment sei es so, dass auch aufgrund der administrativen Belastungen fast keine Lehrperson mehr ein 100-Prozent-Pensum habe. Für die GE im VPOD gibt es also nach wie vor jede Menge Handlungsbedarf. ■